



Berufliche Bildung hat sehr hohe Priorität

Am Mittwoch hat Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung, dem Kabinett den Berufsbildungsbericht 2018 vorgelegt.

Die CDU/CSU-Fraktion und Bundesministerin Karliczek haben die berufliche Bildung zur-Priorität im Koalitionsvertrag und in der aktuellen Politik gemacht. Denn nur die berufliche Bildung sichert den Fachkräftenachwuchs und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Der Berufsbildungsbericht 2018 belegt erneut, wie robust und positiv sich der Ausbildungsmarkt entwickelt. Wer einen Ausbildungsplatz sucht, hat rechnerisch eine so große Auswahl wie selten zuvor. Doch nicht alles läuft rund. Es sind erneut mehr Ausbildungssuchende unvermittelt und mehr offene Stellen unbesetzt. Die Quote der ausbildenden Unternehmen sinkt. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag einen Berufsbildungspakt mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen für die Stärkung der beruflichen Bildung verankert. Wir werden bis 2021 Milliardensummen in die Zukunft junger Menschen investieren.

Bei der Frage ‚Studium oder Ausbildung?‘ entscheiden sich viele junge Menschen für ein Studium. Dabei bietet eine Ausbildung oft bessere Perspektiven für sie. Wir werden die berufliche Aufstiegsfortbildung im Sinne einer ‚höheren Berufsbildung‘ ausbauen und die Attraktivität von Berufslaufbahnen mit einem Innovationswettbewerb in der beruflichen Bildung erhöhen. Geplant sind zudem gezielte Mobilitätshilfen und ein Ausbau der Berufsorientierung. Mit dem Digitalpakt für Schulen und der ‚Initiative Berufsbildung 4.0‘ werden junge Menschen fit für die digitale Arbeitswelt von morgen. Und die Union wird mit der Novelle des Berufsbildungsgesetzes und des Aufstiegs-BAföG moderne Rahmenbedingungen für eine attraktive berufliche Bildung schaffen.

Grundsteuer aufkommensneutral neugestalten

Das Bundesverfassungsgericht hat in der vergangenen Woche das Urteil zur „Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer“ verkündet. Das Ziel ist eine aufkommensneutrale Reform, die Mehrbelastungen möglichst vermeidet und den Kommunen Rechtssicherheit über ihre Grundsteuereinnahmen gibt. Wohnen – ob im Eigentum oder Miete – muss bezahlbar bleiben.

Das Bundesverfassungsgericht fordert eine Neuregelung bis zum 31. Dezember 2019. Nur dann gewährt es für die geltende Rechtslage eine Übergangsfrist bis längstens Ende 2024. Das ist die Ausgangslage für den Gesetzgeber: Gefordert ist eine schnell umsetzbare Lösung mit geringem Verwaltungsaufwand, die die wichtige Einnahmequelle der Kommunen auf Dauer sicherstellt. Wir brauchen ein Verfahren, das eine schnelle und einfache Berechnung der Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer dauerhaft ermöglicht. Wir werden uns die Entscheidung vor allem im Hinblick darauf genau anschauen, welche Pauschalierungen für die Bemessungsgrundlage möglich sind. Das Gericht lässt wohl auch ein System zu, welches auf eine realitätsgerechte Relation der Grundstückseinheiten untereinander abstellt. Damit wäre ein einfaches, transparentes und schnell umsetzbares Verfahren – wie z. B. ein Flächenmodell – möglich. Das Urteil lässt keine Rückschlüsse auf die zukünftige individuelle Grundsteuerbelastung für jeden einzelnen Bürger zu. Entscheidend wird letztlich nicht die Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage sein, sondern die Höhe der Hebesätze. Diese legt jede Kommune in eigener Verantwortung fest.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



die Kriminalstatistiken der Länder für 2017 lassen erkennen, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche stark zurückgegangen ist.

In Nordrhein-Westfalen konnte unser Landesinnenminister Herbert Reul

sogar einen Rückgang von 25,7 Prozent melden. Von den rund 39.000 in Nordrhein-Westfalen aufgenommenen Wohnungseinbrüchen gelangten die Einbrecher bei 46 Prozent der Fälle nicht in die Häuser bzw. Wohnungen und scheiterten beim Versuch. Die sinkenden Zahlen der Einbruchskriminalität zeigen deutlich, dass die von uns ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche erste Wirkung zeigen. Die Union hat dafür gesorgt, dass der Einbruchsdiebstahl härter bestraft wird und die Strafverfolgungsbehörden bessere und erweiterte Ermittlungsbefugnisse erhalten haben. Auch für die Prävention haben wir im Bund eine Menge getan, so haben wir ein KfW-Programm zur besseren Sicherung von Wohnungen und Häusern in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt.

Für mich ist jeder Wohnungseinbruch ein gewaltsamer und unerträglicher Eingriff in die Privatsphäre. Deswegen wird die CDU im Bund und in Nordrhein-Westfalen gegen den Einbruchsdiebstahl weiter konsequent vorgehen. Dazu wollen wir das KfW-Programm zur Einbruchssicherung weiter aufstocken und weitere moderne Instrumente für die Sicherheitsbehörden schaffen.

Mit bundesweiten Razzien in zwölf Bundesländern hat der Staat gestern gezeigt, dass er die Organisierte Kriminalität entschlossen bekämpft. Die mutmaßlichen Täter stehen im Verdacht, mehrere Hundert Frauen und Transsexuelle nach Deutschland eingeschleust und zur Prostitution gezwungen zu haben. Die Hauptverdächtigen konnten im nordrhein-westfälischen Siegen festgenommen werden.

Menschenhandel und Zwangsprostitution sind verabscheuungswürdig und verdienen als Antwort die volle Härte des Rechtsstaates.

Es grüßt Sie

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Laurence Chaperon



Facebook muss beweisen, dass es den Datenschutz ernst nimmt

Im Zuge des Datenskandals bei Facebook wird der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages in einer Sondersitzung am Freitag, dem 20. April 2018, Joel Kaplan, Vice President for Public Policy Global bei Facebook, befragen. Dazu äußerte sich die rechts- und verbraucherschutzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB:

„Facebook wirbt gerne damit, jeder Nutzer könne seine Privatsphäre innerhalb des Netzwerks individuell anpassen. Gleichzeitig konnten Dritte mit eigenen Apps jahrelang gewaltige Datenmassen über die Nutzer ohne deren Wissen und in Übereinstimmung mit Facebook aus dem Netzwerk abziehen. Auch wenn Facebook nun versucht, sich als Opfer einer unerlaubten Datenweitergabe an Cambridge Analytica darzustellen, bleibt weiterhin Fakt, dass die Möglichkeit des Datenzugriffs durch Dritt-Apps jahrelange Praxis des Unternehmens ist. Besonders skandalös ist dabei die Zugriffsmöglichkeit auf Daten von Facebook-Freunden, die zum Teil erschreckende Ausmaße angenommen hat. Dies passt vorne und hinten nicht mit dem Selbstbild zusammen, das Facebook seit Jahren von sich selbst zeichnet. Vieles spricht auch dafür, dass Facebook hier gegen geltendes AGB-Recht verstößt. Ich bin gespannt, ob Facebook sich am Freitag in der Sondersitzung des Rechtsausschusses kooperationsbereit zeigen wird oder ob die entscheidenden Fragen abgeblockt werden.“

Facebook muss gegenüber der Politik und seinen Nutzern beweisen, dass es den Datenschutz ernst nimmt, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb des Netzwerks.“

Foto: Tobias Koch

„Luftschlag gegen Assad ist gerechtfertigt“

„Die Indizien sind erdrückend, dass der syrische Diktator Assad im Kampf gegen die Opposition chemische Waffen einsetzt,“ erklärt der außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, zum Luftschlag gegen den syrischen Diktator Assad. „Es ist richtig, diesen schweren und fortgesetzten Verstoß gegen die Menschlichkeit und gegen internationales Recht nicht ungesühnt zu lassen. Der vergangenen Montag ausgeführte Militärschlag war offensichtlich gegen die Fähigkeit Assads gerichtet, die völkerrechtswidrigen Chemiewaffen weiter einzusetzen. Er diene somit dem Schutz der Menschen in Syrien. Daher findet er die Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,“ so Jürgen Hardt.

„Die CDU/CSU-Fraktion fordert Russland auf, endlich eine vollständige Untersuchung des Giftwaffeneinsatzes durch die Chemiewaffen-Organisation zuzulassen. Dabei muss auch der Täter klar benannt werden. Russland muss außerdem seinen Einfluss auf Assad nutzen, um ihn zur Herausgabe aller seiner Chemiewaffen-Bestände zu zwingen. Denn offensichtlich hat Assad Teile seiner Chemiewaffen bei der früheren Vernichtungsaktion der Vereinten Nationen verborgen.“

Eine dauerhafte Lösung des langen und blutigen Bürgerkriegs in Syrien kann es nur am Verhandlungstisch und unter Beteiligung der Opposition sowie der anderen Staaten der Region geben. Der Genfer Friedensprozess für Syrien hatte unter der gemeinsamen Führung der USA und Russland verheißungsvoll begonnen. Ziel ist ein säkulares, demokratisches Syrien, das im Frieden mit seinen Nachbarn lebt. Die Europäische Union und Deutschland sollten eine neue diplomatische Initiative unternehmen, um den Genfer Friedensprozess fortzuführen. In welcher Weise Assad und sein Regime bei diesen Verhandlungen eine Rolle spielen können, bleibt auszuhandeln. Die CDU/CSU hält es für ausgeschlossen, dass ein Diktator wie Assad, der gegen sein Volk Fassbomben und Chemiewaffen einsetzt, dauerhaft die Herrschaft in einem friedlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Syrien ausüben kann. Das muss auch Russland, das heute noch seine schützende Hand über Assad hält, eingestehen.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 07/2018,
19. April 2018

Landesgruppe NRW
der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck